



## Armut ist nicht die Schande der Armen

Liebe Leserinnen und Leser,

viele – man ist geneigt zu sagen beinahe jeder – vermeidet den Blick auf die Armut. Dies ist eine kollektive Verdrängung ganz im Freud'schen Sinne: Was Widerstand hervorruft, wird verdrängt. Also macht man um bestimmte Stadtteile einen Bogen, wechselt den Platz in Bus und Bahn, meidet bestimmte Plätze am Hauptbahnhof. Der Armut ins Gesicht zu sehen, ist eine Herausforderung. Wer aber Armut in Deutschland reduzieren will auf Menschen, die Pfandflaschen sammeln oder unter Brücken schlafen müssen, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, Armut in ihrem Ausmaß verniedlichen zu wollen.

Zumindest sollten wir alle der Armutsdefinition der EU-Konvention folgen, wonach Armut nicht erst dann gegeben ist, wenn jemand existenzielle Bedürfnisse wie nach Nahrung, Wohnen oder Kleidung nicht mehr stillen kann, sondern dann, wenn jemand über so wenig Einkommen verfügt, dass er am normalen gesellschaftlichen Leben des Landes, in dem er lebt, nicht mehr teilhaben kann – wenn er also faktisch abgehängt und ausgegrenzt wird.

Und diese Armut ist nicht so offensichtlich im Stadtbild wie etwa Bettelei oder Obdachlosigkeit. Sie ist viel versteckter und verschämter, doch kann man sie sehen, wenn man sie sehen will.

Von Armut betroffene Menschen werden in Deutschland traditionell verachtet. Mit der Behauptung von Schuld und Faulheit, von Charakterschwäche und der potenziellen Möglichkeit, es ja aus eigenem Antrieb besser machen zu können, wenn man denn nur wöllte, gibt man Menschen erfolgreich so lange die Schuld an der eigenen Armut, bis sie die Scham verinnerlicht haben und gegen sich selbst einsetzen; bis sie sich selbst für unzureichend und schwach halten, für nicht zugehörig und zu Recht in der aussichtslosen Position gelandet.

Armut ist nicht die Schande der Armen. Sie sollte ein Skandal für die Reicheren sein. Es ist verheerend unmoralisch, dass wir Armut zulassen: Wir haben eine Gesellschaft mit einem extrem hohen Lebensstandard, gleichzeitig muss jedes fünfte Kind in Deutschland unter der Armutsgrenze hausen.

Wir müssen Armut als etwas begreifen, das einem widerfährt, als einen Schicksalsschlag. Armut ist kein unausweichliches Schicksal, und doch hat sie einen schicksalhaften Einfluss auf das Gelingen des Lebens. Da Armut jeden Menschen treffen kann, betrifft sie uns alle.

Ihr Jörg Rommelfanger  
Herausgeber

# Armut und Ungleichheit allüberall

Die tägliche Erfahrung von sozialer Ungleichheit sprengt den sozialen Zusammenhalt

Mehr als 760 Millionen Menschen leben weltweit in Armut. Vor allem Kinder, Frauen und Männer in Südasien und Subsahara-Afrika sind betroffen. Für die Weltbank gilt als extrem arm, wer am Tag weniger als 2,15 Dollar zur Verfügung hat.

Foto: Akron/Deutsch-Hilf/Jaich

Von Klaus Gertoberens

Die Überwindung von Armut ist die größte Herausforderung der Gegenwart. Armut gibt es in vielen Ausprägungen. Absolute Armut in der sogenannten »Dritten Welt« ist zumeist existenzbedrohend und nicht vergleichbar mit der Situation von Menschen mit niedrigem Einkommen in Deutschland. Beide Formen der Armut müssen jedoch bekämpft werden.

Armut ist das zentrale Merkmal von Entwicklungsproblemen. Armutsbekämpfung ist folglich die zentrale Entwicklungsaufgabe. Ohne durchgreifende Minderung der Armut in der Welt, lassen sich andere globale Probleme wie Umweltzerstörung und Gefährdung des Friedens nicht bewältigen, denn Armut und die sich vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich verstärken diese Probleme.

Deshalb sind weltweit mehr als 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Armut, Hunger, Krieg, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Natur-

katastrophen, Ausgrenzung und politischer, ethnischer oder religiöser Diskriminierung. Deshalb liegt es eigentlich im ureigenen Interesse der Industrieländer, diese Menschen zu unterstützen, damit sie in ihren Heimatländern ein Leben in Würde führen und Perspektiven für sich und ihre Kinder entwickeln können.

Dabei sind soziale Ungleichheit und Armut zwei Seiten einer Medaille: Ungleichheit schafft und verstärkt Armut. Sie ist eine globale Herausforderung, betrifft auch die Menschen in reichen Ländern.

Die fünf reichsten Menschen der Welt haben ihr Vermögen seit 2020 auf 869 Milliarden Dollar mehr als verdoppelt. Gleichzeitig wurden fast fünf Milliarden Menschen noch ärmer. Oxfam, ein internationaler Verbund verschiedener Hilfs- und Entwicklungsorganisationen fordert daher eine Besteuerung hoher Vermögen. Die Mittel daraus müssten in den Klimaschutz, den Ausbau von Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Sicherung investiert werden.

Das gelte weltweit genauso wie in Deutschland. Auch hier sei das Gesamt-

vermögen der fünf reichsten Bürger seit 2020 inflationsbereinigt um fast drei Viertel gewachsen, von rund 89 auf etwa 155 Milliarden US-Dollar.

Oxfam schlägt folgendes Modell vor: Zwei Prozent auf Vermögen von mehr als fünf Millionen US-Dollar, drei Prozent auf Vermögen von mehr als 50 Millionen Dollar und fünf Prozent auf Vermögen, die eine Milliarde Dollar überschreiten. Allein in Deutschland könnten so nach Oxfam-Schätzungen 93,6 Milliarden US-Dollar an Einnahmen pro Jahr generiert werden. Etwas mehr als 200 000 Menschen müssten höhere Steuern zahlen, rund 0,24 Prozent der Bevölkerung.

Kritiker werfen Oxfam – und anderen, die soziale Ungleichheit thematisieren – vor, mit solchen Vorschlägen die Gesellschaft zu spalten. Tatsächlich ist es jedoch die tägliche Erfahrung von Ungleichheit, die den sozialen Zusammenhalt sprengt. Ungleichheit – nicht die Kritik daran – schadet der wirtschaftlichen Entwicklung, der Armutsbekämpfung, heizt die Erderwärmung an und unterhöhlt Demokratien.



Klaus Gertoberens (\* 1951) ist Chefredakteur von Flechtwerk. Der diplomierte Betriebswirt und Politologe hat sich nach

dreißig Jahren Tagesjournalismus in leitenden Funktionen wieder aufs »Lokale« besonnen. Als gebürtiger Rheinländer hatte er

Anfang der 80er-Jahre mitgeholfen, eine Lokalredaktion im Münchner Umland aufzubauen. Diese kommunalen Erfah-

rungen hatten ihn derart fasziniert, dass er sich in seiner Diplomarbeit mit den Möglichkeiten auseinandersetzte, wie dem

Bürgerwillen in den Gemeinden mitteilen der direkten Demokratie stärker Geltung verschafft werden könnte.



# Armes reiches Deutschland

**In einem der reichsten Länder der Welt geraten immer mehr Menschen an ihre finanzielle Belastungsgrenze. Über 14 Millionen Menschen leben in Deutschland in Armut, das ist fast jeder sechste.**

---

Von Anja Dilk

**S**eit einem halben Jahr ist die Angst für Friederike Schlegel\* (die Namen sind geändert, Anm. d. R.) unerträglich geworden. Die Angst, dass die drei Euro pro Kopf und Tag für Lebensmittel für sie und ihre vier Kinder (6, 8, 11 und 13) nicht reichen, die der Sozialarbeiterin vom Bürgergeld nach Abzug aller anderen Kosten bleiben. Die Angst, dass Brot und Milch wieder teurer geworden sind, dass andere

schneller waren und ihr das reduzierte Obst und Gemüse in den letzten Minuten des Wochenmarkts weggeschnappt haben.

Längst ist die kraftzehrende Sonderangebotstour durch Supermärkte zu ihrem Alltag geworden, täglich scannt sie Foodsharing-Angebote auf Telegram, klappert die Abholstationen ab. Die Angst, dass die Waschmaschine kaputt geht, die gerade so seltsame Geräusche macht. Dass die Konflikte mit ihrem Ex-Mann, von dem sie sich vor vier Jahren getrennt hat, nie aufhören. Dass Streit und Gewalt neue Fahrt aufnehmen –

und Aron\*, Caja\*, Emilia\* und Finn\* dazwischengeraten, auch wenn sie bei ihr leben. Dass ihre psychischen Probleme wiederkommen, die Verzweiflung, weil sie einfach nicht mehr kann, wenn die epileptischen Anfälle des sechsjährigen Finn bis in die Nacht gehen, manchmal sind es achtzig in 24 Stunden.

Die Angst, dass ihr die Kraft ausgeht, es den Kindern so gut wie irgend möglich zu machen: Drachen steigen lassen auf dem Teufelsberg, Tanzstunden für Emilia in einem günstigen Verein, Klavier für Caja wann immer möglich,

## 14 Millionen sind arm

Im Jahr 2022 waren in Deutschland 16,9 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. 14,1 Millionen Menschen müssen demnach hierzulande zu den Armen gerechnet werden, 840 000 mehr als vor der Pandemie. Der Schwellenwert für Armutsgefährdung in Deutschland lag dabei für Alleinlebende bei 1.189 Euro pro Monat. Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren waren armutsgefährdet, wenn sie zusammen und nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen ein Einkommen von weniger als 2.497 Euro pro Monat zur Verfügung hatten.

Bei Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren lag die Schwelle der Armutsgefährdung bei 1.546 Euro. Zur Ermittlung des Einkommens wird zunächst das von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich erzielte Haushaltseinkommen zusammengefasst. Dieses setzt sich zusammen aus dem Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit, dem Einkommen aus Vermögen, Renten und Pensionen sowie empfangenen laufenden Sozialtransfers – wie zum Beispiel Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld. Direkte Steuern und Sozialbeiträge werden abgezogen.

ein paar Euro Taschengeld für Aron, ihren Teenie. Die Angst, dass es niemals wieder besser wird, denn wie, wann soll sie wieder arbeiten gehen in ihrem Job in der Jugendhilfe mit einem kranken Sohn, der sie braucht? Wie soll sie je rauskommen aus dieser Armut, diesem Leben zwischen Scham und Selbstzweifeln? Und warum, verdammt, interessiert sich eigentlich niemand dafür?

### 14,1 Millionen Menschen betroffen

An einem lauen Frühlingsabend im Mai 2022 stößt Schlegel auf einen Hashtag bei Twitter. Da erzählen Menschen, dass sie mit Tränen in den Augen vor der Käsetheke stehen und sich am Monats-



ende kein Essen mehr leisten können, weil die Stromrechnung explodiert. Dass sie sich nicht trauen, gespendete Lebensmittel bei der Tafel abzuholen, weil sie stundenlang vor den Augen aller Schlange stehen müssen auf dem Gehsteig im Kiez.

Da sind Dutzende Geschichten, die ihrer gleichen. Von Menschen, die eine Scheidung oder Krankheit aus dem prallen Berufsleben in die Armut katalysiert hat. Die sich mit Niedriglohnjobs oder kleinen Renten nicht mehr über Wasser halten können. Deren Wut wächst über eine Gesellschaft, die ihre Bilder von Armut pflegt wie ein lieb gewonnenes Vorurteil: faul, selbst schuld, alles halb so schlimm. Die Menschen, denen Schlegel an jenem Abend auf Twitter begegnet, sagen: Wir wollen nicht länger den Mund halten. Wir wollen zeigen, wie sich das anfühlt, arm sein. »Für mich war das wie eine Befreiung«, sagt die 41-Jährige. Sie beschließt: Ich mache mit bei #IchBinArmutsbetroffen.

Armut in Deutschland? Lange wurde das unter den Teppich gekehrt von einer Wohlstandsgesellschaft, die ungern aushält, was sie in Kauf nimmt: Menschen, die arm sind. Dabei sprechen die Zahlen für sich. 14,1 Millionen Menschen in Deutschland sind laut Paritätischem Armutsbericht 2022 arm: Sie haben weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zum Leben. Seit 2006 ist das Armutsrisiko damit um knapp ein Drittel gestiegen. Damals waren gut 11 Prozent der Bevölkerung arm,

## # ichbin armutsbetroffen

»Hi, ich bin Anni, 39, und habe die Schnauze voll! Ich lebe von Hartz IV und es reicht ganz einfach nicht! Nein, ich kann keine weiteren Kosten senken. Nein, ich kann nicht auf das spritsparende Auto verzichten.« Mit diesem Tweet vom 17. Mai 2022 brachte Anni W. den Stein ins Rollen. Seitdem posten Arbeitslose, Geringverdienerinnen, Studierende und Rentner unter dem Hashtag »#ichbinarmutsbetroffen«, später auch unter »#gibArmuteinGesicht« ihre Geschichten. In den nächsten Monaten organisierten Betroffene an vielen Orten Demonstrationen. Wie problematisch es aber ist, auf Dauer Armut sichtbar zu machen, zeigte sich bei einer Demonstration im Oktober 2022 vor dem Bundeskanzleramt, für die bundesweit geworben wurde. Daran nahmen nur 200 Menschen teil. Dennoch halten insbesondere Sozialverbände die Bewegung für bedeutsam. Es sei sehr wichtig, dass sich Menschen, die selbst von Armut betroffen sind, aktiv in die politische Debatte einbringen. Das schaffe eine andere Sensibilität für dieses Thema.



# Armut gefährdet die Demokratie

## Wer am Existenzminimum lebt, fühlt sich vom Rechtsstaat weniger vertreten. Das Misstrauen gegenüber Polizei, Bundestag und Parteien wächst.

Von Steffen Herrmann

Armut ist für viele Menschen in Deutschland ein Dauerzustand, Reichtum auch: Wer arm ist, bleibt arm; wer reich ist, bleibt reich. Und in den krisenreichen Jahren der jüngeren Vergangenheit hat sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet – mit gefährlichen Folgen auch für die Demokratie. Dies zeigt der jährliche Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. »Wir sehen deutliche Indizien, dass die Krisen der letzten Jahre die Ungleichheit vergrößert haben«, sagt WSI-Forscherin Dorothee Spannagel.

So lag die Armutsquote im Jahr 2022 mit 16,7 Prozent höher als vor Beginn der Pandemie (15,9 Prozent 2019). Die Anteil der Menschen, die in strenger Armut leben, stieg ebenfalls: von 9,7 Prozent auf 10,1 Prozent. Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des Medieneinkommens zur Verfügung hat. Das sind etwa 1.200 Euro pro Monat. Menschen in strenger Armut müssen mit 1.000 Euro oder weniger über die Runden kommen.

»Der hohe Anteil armer Menschen ist besorgniserregend«, sagte Bettina Kohlrausch. Die wissenschaftliche Direktorin des WSI bezieht sich dabei nicht nur auf die individuellen Folgen für Betroffene, sondern weitert den Blick: »Wir sehen eine Gesellschaft unter Druck«, sagte Kohlrausch in Bezug auf Pandemie, Inflation und Kriege. »Und die wachsende Armut hat das Potenzial, die Gesellschaft weiter unter Druck zu setzen.«

Denn, auch das zeigt die WSI-Studie, Armut ist ein Risiko für die Demokratie. Sie geht häufig einher mit Sorgen um die eigene Gesundheit und um die Rente, mit einer latenten Unzufriedenheit und einer fehlenden Wertschätzung, mit bröckelndem Vertrauen in Parteien, Polizei und Bundestag. Überdurchschnittlich oft von Armut betroffen sind laut WSI Arbeitslose, Minijobber und Minijobberinnen, Menschen in Ostdeutschland, Frauen, Alleinerziehende sowie Zugewanderte, Singles und Menschen mit niedrigen Schulabschlüssen.

Für die Studie wertete Spannagel gemeinsam mit ihrem Co-Autor Jan Brülle Daten aus zwei repräsentativen Umfragen aus: Für den Mikrozensus wurden rund 800 000 Menschen befragt, seine Daten reichen bis ins Jahr 2022. Die zweite Quelle